Krakauer Zeitung.

Nr. 28. Freitag den 5. Februar 1864.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nkr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergespaltene Petitzeile 5 Nkr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt **Karl Budweiser**. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Auf Allerhöchste Anordnung wird für weiland Ihre k. Hoheit Louise Marie Therese, verwittwete Herzogin von Parma, die Hoftrauer von Mittwoch, dem 3. Februar, durch zehn Tage, d. i. bis einschließig 12. Februar, ohne Abwechslung getragen werden.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 17. October v. J. rücksichtlich hierüber ausgefertigtem Allerhöchst unterzeichnetem Diplome den Standesgrad des Obersten und Commandanten des Allerhöchstihren Namen führenden 6. Ulanen-Regiments August v. Waldegg als Freiherrnstand des österreichischen Kaiserstaates allergnädigst anzuerkennen geruht.

Das Finanzministerium hat dem Gremialfinanzrathe der Oedenburger Finanzlandesdirections-Abtheilung, August Konopasek, die angesuchte Uebersetzung in gleicher Eigenschaft zu der Finanzlandesdirections-Abtheilung in Preßburg bewilligt.

Das Justizministerium hat den Rath des Kreisgerichtes in Jungbunzlau, Anton Kühnel, zum Landesgerichtsrath bei dem Kreisgerichte in Jiczin und den Staatsanwaltssubstituten bei dem Kreisgerichte in Jungbunzlau, Johann Landa, zum Kreisgerichtsrathe daselbst ernannt.

Das Justizministerium hat dem Rathssecretär des böhmischen Oberlandesgerichts, Joseph Tuma, eine Kreisgerichtsrathsstelle in Pisek verliehen.

Das Justizministerium hat den Staatsanwaltssubstituten in Kuttenberg, Wenzel Pokorny, und den selbstständigen Bezirksamtsadjuncten in Dauba, Franz Lauermann, zu Räthen des Kreisgerichtes in Böhmisch-Leipa ernannt.

Das Justizministerium hat den Staatsanwaltssubstituten in Pisek, Dr. Victor Kraus, zum Oberstaatsanwaltsstellvertreter in Prag ernannt.

Das Justizministerium hat den Landesgerichts-Adjuncten in Prag, Emanuel Opolecky, zum provisorischen Staatsanwaltssubstituten bei der dortigen Staatsanwaltschaft ernannt.

Das Ministerium für Handel und Volkswirthschaft hat die Wiederwahlen des A. G. Pummerer zum Präsidenten und des Franz Honauer zum Vice-Präsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Linz für das Jahr 1864 bestätigt.

Das Ministerium für Handel und Volkswirthschaft hat die Wiederwahlen des Antonio Cavaliere de Vicco zum Präsidenten und des Elio Cavaliere Morpurgo zum Vice-Präsidenten der Triester Handels- und Gewerbekammer bestätigt.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 5. Februar.

Die Nachricht von dem Uebergange der Preußen und Oesterreicher über die Eider, schreibt der Pariser □ Corr. der „N. P. Z.“ vom 4. d., hat Erstaunen erregt; man scheint hier wirklich geglaubt zu haben, Preußen und Oesterreich würden ohne die specielle Erlaubniß Frankreichs nicht über die Eider gehen. Dem ersten Erstaunen aber folgte sofort die laut ausgesprochene Genugthuung darüber, daß sich England gründlich blamirt habe. Denn es ist kein Geheimniß, daß sich England hier noch vorgestern bemüht hat, Frankreich zur Unterzeichnung eines Protocolls zu bewegen, durch welches der Einmarsch aufgehalten werden sollte. Frankreichs Antwort war gewesen: „England solle nur die Unterzeichnung dieses Protocolls in Wien und Berlin durchsetzen, Frankreich werde dann keinen Anstand nehmen beizutreten.

Der „Morningpost“ schreibt man aus Paris vom 30. Jänner: In den Tuilerien war heute Cabinetsrath. Man wird, denke ich, finden, daß die imperialistische Regierung fester als je in ihrem Entschluß ist, an einem Krieg Englands gegen Deutschland wegen der dänischen Frage sich nicht zu betheiligen. Das russische Cabinet hat denselben Entschluß gefaßt.

Dem bevorstehenden Besuch der Königin von Dänemark, die mit ihrer Tochter in London erwartet wird (s. u. Großbritannien), legt man eine politische Bedeutung bei. Freilich erfolgt der Besuch der Königin, um angeblich der Taufe ihres Enkels beizuwohnen, allein in gut unterrichteten Kreisen will man wissen, daß er den Zweck habe, um, nachdem auch das neueste Vermittlungsproject Russell's mißglückt ist, auf die Königin direct einzuwirken. Der Besuch wird jedoch erst nach der Thronrede erfolgen.

Um die schwebende Erbfolgefrage endlich zu erledigen, wird Baiern, wie die „H. N.“ melden, in der nächsten Bundestags-Sitzung beantragen, den Antrag des Ausschusses in Bezug auf Holstein längstens in acht Tagen zur Abstimmung zu bringen, eventuell aber denselben seinerseits als dringlichen Antrag stellen und auf eine Abstimmung binnen drei Tagen — wie die Großmächte bekanntlich am 11. Januar gethan — bestehen. Auf diesen Entschluß gründete sich die Beruhigung, welche man in München der holsteinischen Landesdeputation mit auf den Heimweg gab.

Die Angabe, der Vertrag v. d. Pfordten's werde die Erbfolge in Lauenburg dem dänischen König zusprechen, ist nach der „Bair. Ztg.“ unbegründet. Der Vortrag behandelt Lauenburg noch nicht.

Wie man aus Frankfurt a. M. berichtet, ist das Minoritätsvotum, welches dem Ausschuß in der Erbfolgefrage zugekommen ist, ein gemeinschaftliches der beiden deutschen Großmächte; es steht jetzt der Berichterstattung des Herrn v. d. Pfordten für die auf den 4. anberaumte Bundestagssitzung kein äußeres Hinderniß mehr im Wege.

Gegen den Vorschlag der „Isarzeitung“, welche glaubt, zwei „praktischförderliche“ Mittel zur Lösung der schleswig-holsteinischen Frage gefunden zu haben: 1) Sonderbund nach Art. 11 der Bundesacte und 2) Kriegsmaßregeln „wegen der in Holstein durch Oesterreich und Preußen verletzten Neutralität“, erwidert die „Baier. Ztg.“: Die „Isarztg.“ wird doch nicht im Ernste glauben, daß die beiden Großmächte auf die von ihr formulirte Aufforderung des baierischen Bundestagsgesandten befriedigende Erklärungen geben werden. Aber wahrscheinlich würde der Beschluß ad 2), nämlich über die Maßregeln zur Hebung der Verletzung der Neutralität in Holstein sehr mißlich für Baiern ausfallen.

Der Nachricht, daß eine Verständigung zwischen unserer und der österreichischen Regierung im Werke sei, ist bekanntlich in officiöser Weise widersprochen worden. Dagegen sollen österreichischerseits neuerlich Erklärungen und Zusicherungen in München abgegeben worden sein, welche über die Intentionen Oesterreichs in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit ein neues Licht verbreiten. Hiernach wäre es sehr wohl möglich, daß das Vorgehen der beiden Großmächte denn doch einen anderen Erfolg hätte, als man sich davon verspricht. Im Uebrigen empfiehlt ein Corr. der „FPZ.“ eine Verständigung der Mittelstaaten mit Oesterreich und Preußen als die einzig mögliche praktische Politik, welche die ersteren befolgen können, denn alle bis jetzt gemachten Vorschläge zu einer selbstständigen Action der dritten Staatengruppe erweisen sich als unausführbar, wenn man nicht von vornherein die Absicht hat, den Bürgerkrieg herauf zu beschwören und die französische Intervention herbei zu rufen. Der Vorschlag, daß die Mittel- und Kleinstaaten sich fest zusammenschließen und ein gemeinsames Parlament einberufen sollen, mag zwar verlockend erscheinen, ob man aber damit glücklicher sein würde, als Preußen mit einem ähnlichen Experiment, darf mit Recht bezweifelt werden.

Von Seiten Oesterreichs und Preußens sind bereits Civilcommissäre für Schleswig designirt; die denselben zu ertheilenden Instructionen wurden in den letzten Tagen auf telegraphischem Wege zwischen dem Wiener und Berliner Cabinet festgestellt.

Nur die Eroberung Schleswigs ist für Schweden ein Kriegsfall. Dieses Thema entwickelt ein Artikel im Stockholmer conservativen „Dagbladet“. Es heißt in demselben: Wir können bloß das Petitum feststellen, an welchem sich auch Rußland und England betheiligt haben, nämlich: Dänemark zu bewegen, das November-Grundgesetz zurückzunehmen, welches diese Mächte, so wie auch Deutschland, als im Widerspruch mit dem Londoner Protocoll betrachten. Wenn Dänemark trotzdem sich fortwährend weigern sollte, so droht Deutschland mit einer Occupation Schleswigs. (Sehr richtig.) Würde Deutschland aber ein Programm zur Eroberung Schleswigs aufstellen, dann würde eine europäische Intervention allerdings die unbedingte Folge sein. Wir hegen jedoch die feste Meinung, daß weder Oesterreich noch Preußen sich an einem solchen Eroberungsplan betheiligen werde, und wenn diese beiden Großmächte Hand in Hand gehen, kann der deutsche Kleinstaats-Fanatismus wenig ausrichten. Bei einem Eroberungskriege gegen Schleswig können weder Frankreich noch England neutral bleiben, und Dänemark könnte unbedingt auf allgemeinen europäischen Schutz rechnen. Sollte nun also eine solche unerwartete Eventualität eintreten, dann, aber erst dann, kann Schweden daran denken, auf irgend eine Weise Etwas für Dänemarks Schutz und Integrität zu thun. Dann tritt auch für uns die vaterländische Pflicht ein, unsere Neutralität aufzugeben, doch nicht aus Scandinavischen, sondern aus rein humanistischen Rücksichten. Ehe nun aber ein so trauriges und unserer Ansicht nach unglaubliches Verhältniß eintreten sollte, wäre es ein großes Unglück, ja was schlimmer, ein Don-Quixotischer Aufzug, zu bloßer Aufrechthaltung eines dänischen Incorporationsactes für Dänemark activ aufzutreten.

Die „Augsb. Allg. Ztg.“ bringt einen Auszug aus einem Actenstück, dessen Verfasser Prinz Friedrich von Schleswig-Holstein-Noer (der Sohn) ist. Dieser jetzt als Privatmann in London lebende Prinz, wo er sich in der Gelehrtenwelt eines hohen Ansehens erfreut, hatte durch seine eigenthümliche Stellung genaue Kenntniß von den russischen Planen und dem darauf gegründeten geheimen Einverständniß des verstorbenen sowohl wie des jetzt regierenden Königs von Dänemark mit Kaiser Nicolaus gewonnen. Da man wußte, daß schon in frühester Jugend sein Ehrgeiz nur darauf gerichtet war, ein tüchtiger Mann und Gelehrter zu werden (was er denn auch in der That geworden ist. Prof. Goldstücker in London nennt ihn einen seiner besten Schüler im Sanskrit und seine großen Reisewerke haben die allgemeinste Anerkennung gefunden), so glaubte man gerade ihn am leichtesten zum Verzicht auf seine eventuellen Erbansprüche zu Gunsten des londoner Protocolls bewegen zu können, indem man ihn von der wirklichen Sachlage in Kenntniß setzte und seine Zustimmung durch glänzende Versprechungen zu gewinnen suchte. Allein alle Bestechungsstücke prallten an seinem redlichen Sinn ab. Er richtete an den Präsidenten des dänischen Reichsraths eine Zuschrift, datirt: „United Service, Club, London, 24. März 1853“, worin er sagt: Der Vertrag vom 8. Mai, wogegen ich heute bei der englischen Regierung meinen Protest niedergelegt habe, ist in meinen Augen ein Vertrag des Raubes und der Vergewaltigung. Trotzdem bin ich meinerseits zu jedem Opfer bereit, wenn man mir dagegen nur eine einzige Bedingung zugesteht. Ich verlange nichts als dieses: daß Dänemark und die Herzogthümer nicht zu russischen Provinzen werden, mit anderen Worten: daß ein rechtsgültiger Vertrag zu Stande komme, welcher — ähnlich dem Utrechter Vertrag in Bezug auf die Kronen Spaniens und Frankreichs — feststelle, daß die Kronen von Dänemark und Rußland niemals vereinigt werden dürfen.“ Diese bescheidene Bedingung des Prinzen wurde nicht angenommen.

Der Pariser d. F.-Correspondent der „Neuen Preuß. Ztg.“ ist abermals in der Lage, den wesentlichen Inhalt eines ihm vorliegenden Documentes mitzutheilen, welches die polnische Insurrection kennzeichnet. Es ist ein Rundschreiben des „National-Comités“ an die „Chefs der bewaffneten Streitkräfte in den verschiedenen Provinzen“. Es geht daraus hervor, daß die sogenannte nationale Regierung Ursache hatte, sich über den Mangel an Disciplin unter den Insurgenten zu beschweren. Sie will nicht, daß die Soldaten mit Stockschlägen gezüchtigt werden, daß die Officiere sich dem Hazardspiele hingeben und daß sie im Ueberflusse leben, während ihre Untergebenen vor Hunger sterben. In demselben Rundschreiben (datirt vom 28. November) beklagt sich die „Regierung“ über die schlechte Haltung der Cavallerie, die überall vor „elenden Kosaken“ das Weite suche. In einem andern Schreiben des Comités gibt dasselbe seinem „außerordentlichen Commissar für das Ausland“ die erforderlichen Instructionen in Betreff der Preßangelegenheiten in Oesterreich und der Arrangements mit den polnischen Agenten in Preußen. Es heißt da u. A.: „Sie werden dem „Gouvernement“ Candidaten für die Polizei-Agentur in Berlin, Bromberg und Posen vorschlagen. Sie werden sich nach Dresden begeben und sich von dem dortigen Fiscal-Agenten Rechenschaft ablegen lassen über die Geld-Contributionen der in jener Stadt lebenden Polen.“ Eine ähnliche Operation soll der Agent in Wien vornehmen. In Paris soll er sich mit Czartoryski wegen einer Steuer von zehn Procent benehmen, die bei den dortigen Polen zu erheben sei. Ganz besonders beachtenswerth ist, daß dem „Agenten“ vor allen Dingen empfohlen wurde, in Krakau und in Wien Correspondenzbureaus zu organisiren „für die ausländischen Zeitungen“. Dieses Schreiben ist vom 8. December des vorigen Jahres.

Feuilleton.

Die letzten Stunden der Maria Stuart.

Der „Gartenlaube“ ist der nachstehende, angeblich in dem Manuscripten-Nachlasse des am 28. Juli 1587 verstorbenen berühmten trierschen Kanzler Dr. Johann Wimpheling vorgefundene authentische Bericht über die Hinrichtung der Maria Stuart mitgetheilt worden, der abgesehen von seinen falschen Beschuldigungen höchst interessante Einzelnheiten über dieses beklagenswerthe Ereigniß enthält. Form und Inhalt, meint die „Gartenlaube“, lassen keinen Zweifel darüber, daß das Actenstück von der englischen Regierung ausgegangen ist. Der kurtriersche Gesandte schickte den Bericht an den Kanzler Wimpheling, welcher ihn seinem Fürsten, dem Kurfürsten Johann von Trier, vorgelegt hat. Der Bericht wurde, wie aus dem Schlusse desselben hervorgeht, zehn Tage nach der Hinrichtung der Königin abgefaßt und lautet, aus dem Lateinischen übersetzt, wörtlich also:

Bericht

über die Hinrichtung und den Tod der Maria Stuart, Königin von Schottland, Wittwe des Dauphin von Frankreich, enthauptet in England am 18. Februar 1587 neuen Styls, in dem Castell zu Fotheringhay in Northamptonshire.

Die Königin von England, Elisabeth, entdeckte mehrere auf Anreizung des Papstes und einiger anderer ihr feindlich gesinnter Fürsten entstandene Verschwörungen, welche den Zweck hatten, Ihre Majestät nicht allein des Reichs und der Krone, sondern auch des Lebens zu berauben, und sodann die Königin Maria Stuart, die Anhängerin des römisch-katholischen Glaubens und nächste Erbin Ihrer Majestät, welche schon viele Jahre in einer milden Gefangenschaft in England gehalten wurde, auf den englischen Thron zu erheben. Das Parlament oder die Reichsstände von Schottland drangen wiederholt auf Bestrafung der Maria Stuart wegen der Ermordung ihres Gatten, welchen sie erdrosseln, seine Wohnung anzünden und in die Luft sprengen ließ, zu welchem Verbrechen sie sich durch eine strafbare Neigung zu dem Grafen Bothwell, welchen sie auch bald darauf heiratete, hatte verleiten lassen. Aus dieser Ursache wurde sie in Schottland verhaftet, worauf sie zu Gunsten ihres Sohnes Jakob, des jetzigen Königs von Schottland auf die Krone verzichtete, bald darauf aber aus dem Gefängnisse entfloh und zur Wiedererlangung der Herrschaft ein Heer gegen ihren Sohn in's Feld stellte. Nachdem dieses Unternehmen unglücklich für sie abgelaufen war, flüchtete sie sich nach England, woselbst sie von den Reichsständen Schottlands (wie bereits bemerkt) als Mörderin ihres Gatten bei Ihrer Majestät angeklagt wurde, von derselben aber das Leben geschenkt erhielt, weil dieselbe nicht Richterin ihrer nächsten Blutsverwandten sein wollte, nicht aber ganz freigelassen werden konnte, weil sie den Titel einer Königin von England sich beilegte, und Ihre Majestät, sowohl zur Vermeidung von Gefahren für ihre eignne Person, wie des Reichs, so wie auch zur Erhaltung des Religionsfriedens und des Friedens mit Schottland, ihre fernere Gefangenschaft für unumgänglich nöthig erachtete.

Obschon ihr in ihrer milden Gefangenschaft eine ihrem Stande entsprechende Dienerschaft gegeben und ihr selbst die Erlaubniß bewilligt wurde, nach ihrem Belieben die Jagd und den Vogelfang auszuüben, so ruhte sie dennoch nicht, sondern versuchte auf alle mögliche Weise und selbst mittelst des Todes Ihrer Majestät zu entkommen, und verführte zur Erreichung ihrer Zwecke mehrere Edelleute, wie den Herzog von Norfolk, und einige andere Grafen und Herren, welche dieserhalb hingerichtet wurden. Endlich versuchte sie im verflossenen Sommer, Ihre Majestät an Ihrem eigenen Hofe tödten, das Reich von den Ausländern angreifen und die katholische Religion überall einführen zu lassen, wobei sie ihre Anhänger zu überreden suchte, daß sie Alle durch die Ausführung dieses Planes das Himmelreich erlangen würden. Nach Entdeckung aller dieser Verbrechen gestattete endlich Ihre Majestät, zur eigenen und des Reichs Sicherheit, eine Untersuchung gegen die Königin Maria einzuleiten, gebot aber zugleich dem Parlamente, auf Mittel zu sinnen, wodurch das Leben Ihrer Majestät und die Sicherheit des Reichs und des Religionsfriedens außer Gefahr gesetzt, das Leben der Königin von Schottland, Ihrer Blutsverwandten, welche als Fürstin keinem Gerichte unterworfen und deren Hinrichtung fast ohne Beispiel sein würde, aber jedenfalls geschont werden könnte. Das Parlament stimmte jedoch für die Hinrichtung der Königin Maria, indem es nur hierdurch das Leben Ihrer Majestät und die Sicherheit des Reichs und des Religionsfriedens außer Gefahr glaubte.

Ihre Majestät zog den Rath auswärtiger Fürsten namentlich der Könige von Frankreich und Schottland ein, und obschon die Gesandten dieser Fürsten nicht im Stande waren, genügende Mittel anzugeben, wodurch Ihre Majestät von dieser Sorge und diesem Kummer vollständig befreit würden, so nahmen sie dennoch den größten Antheil an der Königin von Schottland, beriefen sich auf das fast unerhörte Beispiel einer solchen Hinrichtung, und zuletzt gelang es ihren Bitten, Ihre Majestät, welche lang in Ihrem Entschlusse wankte, dahin zu vermögen, daß Sie die Entscheidung des Parlaments nicht genehmigte und das Leben der Königin Maria zu schonen beschloß.

Da aber bald darauf abermals neue Verschwörungen, wobei viele Personen aus großen Familien betheiligt waren, entdeckt wurden, und die höchst schändliche Verrätherei Stanley's vorfiel, wodurch große Unruhen veranlaßt, die Befreiung und Erhebung der Königin von Schottland und die Absetzung Ihrer Majestät bezweckt werden sollten, so beschloß endlich Ihre Majestät, die Quelle und die Ursache aller dieser Uebel zu beseitigen und die Königin von Schottland hinrichten zu lassen. Obschon in Folge dieses Entschlusses das Urtheil von Ihrer Majestät unterschrieben worden

In Padua hat kürzlich ein Studenten-Exceß stattgefunden, der jedoch mit der Politik durchaus in keiner Beziehung steht.

Der französische Commissarius, Herr Lefebre, der in Lugano sich persönlich überzeugen sollte, ob die Polizei des Cantons Tessin in der Greco'schen Complotsache ihre Schuldigkeit gethan, ist, wie die Tessiner Zeitung vom 23. Jänner meldet, vollkommen befriedigt worden, da die Polizei nichts versäumt hatte, um das zu constatiren, was in Lugano vorgefallen war.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Der Schluß der Rede, welche Se. Exc. der Herr Staatsminister in der Sitzung des Abgeordnetenhauses aus Anlaß der Debatte über den Nachtrags-Credit von 10 Millionen für die Expedition nach Schleswig gehalten, lautet:

Ich habe nun das dritte Moment zu berühren daß durch die Action, die wir eingeschlagen, das specielle österrreichische Interresse nicht genugsam vertreten ist. Und darüber bin ich auch beruhigt. Die Gesammtregierung ist zu dem einstimmigen Beschlusse gekommen, nach sorgfältiger Erwägung aller Verhältnisse, nach genauer Prüfung aller Umstände jene Action Sr. Majestät zu empfehlen, die nun ins Werk gesetzt ist, und sie hat wirklich ihre genügenden Gründe dafür gehabt. Sie gipfeln sich in Folgendem. Die Verhandlungen am deutschen Bundestage sind zu umständlich besprochen, als das ich weiter, als nur ganz in kurzem darauf hinzuweisen mich aufgefordert fühlen sollte. Wie war die Lage Schleswig-Holstein gegenüber? Die Majorität des Bundes hat wohl unzweifelhaft das ausgesprochen, was die überwiegende Mehrzahl der Deutschen jetzt wünscht, die möglichste Unabhängigkeit der Elbeherzogthümer. Das ist ein ganz offenes Geheimniß. Wie sollte dieses Ziel erreicht werden? Gewiß nicht durch Bundesbeschlüsse, gewiß nicht durch Volksversammlungen, gewiß nicht durch diplomatische Noten; die Waffen mußten dieses Ziel erreichen. Darüber meine Herren, glaube ich, wird man einig sein, und wenn die Deutschen nicht den Muth hatten, zu den Waffen zu greifen, dann muß ich beklagen, daß sie überhaupt nur für diese Frage ein Wort gesprochen haben, dann wäre das alles vergeblich gewesen. Die Waffen müßten daher in dieser Frage am Ende entscheiden, ja ich muß sagen die Ehre von Deutschland hat es schon gefordert, daß es zu Entscheidung gekommen wäre; denn in der That, dieses große Volk hätte sich politisch und moralisch ruinirt, wenn es nach der großen Begeisterung, nach dem lebendigen Ausdrucke, den diese Frage gefunden hat, es etwa bei bloßen Worten hätte bewenden lassen. Wenn es also zu einer Entscheidung durch die Waffen kommen mußte, dann frage ich Sie m. H, was war das Klügere, was war das Politischere: die Entscheidung mit den Waffen zu verschieben auf spätere Zeiten oder diese Entscheidung eintreten zu lassen? Jeder Staatsmann, vor allem jeder Krieger, wird ihnen zur Antwort geben: Muß ein Krieg geführt werden so beginne man ihn so rasch als möglich, in dem raschen Beginne eines Krieges, für den man vorbereitet ist — und für die Expedition war man vorbereitet — liegt die Bürgschaft einer kurzen Dauer des Krieges und eines siegreichen Erfolges. Nicht daß unsere Operation — wie der Herr Berichterstatter etwas geistreich bemerkte — auf das Thermometer für uns spricht. (Heiterkeit. Berichterstatter Dr. Giskra: Morgen vielleicht wieder nicht.) Doch lag das Gewicht, glaube ich daran, dem Feinde nicht Gelegenheit zu geben, seine Vorbereitungen auszuführen, dem Feinde, dessen Stärke in seinen Befestigungen liegt, nicht die Mittel zu bieten, diese Befestigungen aufzubauen, dem Feinde nicht die Zeit zu gönnen, Allianzen anzuknüpfen, die am Ende mit einer nordischen Macht zustandegekommen wären, sondern so rasch als möglich die Operationen zu beginnen. Von diesem politischen und militärischen Standpuncte die Entscheidung sobald als möglich ins Leben treten zu lassen, waren wir geleitet, als uns klar war, daß in dieser Angelegenheit am Ende nur mit den Waffen die Entscheidung geführt werden könnte; und wenn wir daher, wie der Herr Abg. Dr. Herbst richtig bemerkte aus der österreichischen Politik zugleich eine deutsche machen, und wenn es als ein deutsches Interesse erkannt wurde diese Frage mit den Waffen zu lösen, so glaube ich, haben wir gut gethan, diese Entscheidung sobald als möglich herbeizuführen. Ich erachte daher, daß in dieser ganzen Action ein wohlverstandenes österreichisches und deutsches Interesse gelegen war. Man macht uns noch zum Vorwurfe, daß wir uns über die Ziele unserer Operationen gar nicht klar sind. Ja m. H., das Endziel irgendeines Krieges, das Endziel irgendeiner diplomatischen Verhandlung mit aller Bestimmtheit vorauszusagen, das ist gar keinem Sterblichen gegeben. Der erste Staatsmann und der erste Feldherr wird am Ende über das Endziel seiner Operationen auch nicht ganz im Klaren sein, weil man am Schluß nicht weiß, wie die Verhältnisse bis dahin sich gestaltet haben. Aber das nächste Ziel ist uns klar und das haben wir unumwunden ausgesprochen: Es gilt jene Stipulationen zur Geltung zu bringen, die im Interesse der Elbeherzogthümer von Oesterreich und Preußen verhandelt und schließlich auch von Deutschland angenommen worden sind, Stipulationen, die von Seite der dänischen Regierung bisher die größte Verachtung erfahren haben. Diese Stipulationen, die wenngleich in allgemeinen Umrissen gehalten, doch einen reichen Schatz politischer Rechte in sich bergen, die, wenn sie nur gehörig präcisirt und formulirt und wirklich zur Ausführung gebracht sind, in der That geeignet sind, den Elbeherzogthümern eine staatsrechtliche autonome Stellung zu gewähren und das deutsche Element gegen jede Danisirung zu stählen, sind das nächste Ziel unserer Operationen und ich habe die Hoffnung, daß es gelingen wird, diese Ansprüche in kurzer Zeit zur Geltung zu bringen. Mit unserer Action, glaube ich, ist aber auch noch der große Vortheil verbunden, daß einem Lande für das man sich so lebendig interessirt, dem man es so sehr wünscht, daß es von der Herrschaft seiner Dränger befreit werde — wie wir hoffen — die Befreiung in kurzem werde, daß Schleswig im Besitze der deutschen österreichischen Truppen vor jenen Vexationen geschützt wird, die es in seiner jetzigen schwer bedrängten Lage erleidet. Wir glauben durch diese Operationen im Interesse der Herzogthümer selbst zu handeln und wir glauben daher ein Ziel zu verfolgen, welches auch den Dank der deutschen Staaten seinerzeit, denke ich, uns zuwenden wird. Wir haben daher diese Operation nicht leichtsinnig unternommen, wir sind des Zieles derselben uns bewußt, und, so Gott will, wird die Waffenehre unserer Truppen auch für die Elbeherzogthümer von befriedigenden Resultaten begleitet sein. Ehe ich schließe, sei es mir noch erlaubt, auf zwei Momente zurückzukommen. Das eine ist die in dem Hause so oft angeregte Frage, warum denn eine Regierung, die sich der Verfassungstreue rühme, diesen Krieg unternehme — angenommen und zuerkannt, daß das Recht, Krieg und Frieden zu schließen, zu den Rechten der Krone gehöre — ohne über die Mittel mit dem Hause zu verhandeln. Auch diese Frage ist, ich muß es bekennen, Gegenstand der reiflichsten Berathung im Ministerium gewesen und wenn wir, m. H., nicht zu dem Beschluß gekommen sind, heute mit der Forderung dieser Mittel vor Sie hinzutreten, so liegen dafür ganz wichtige Gründe vor.

Es ist von dem Herrn Berichterstatter bemerkt worden, daß überhaupt gewisse Fragen sich nicht zuspitzen lassen, und daß daher die Frage, wie es zusammengehe, daß einerseits das Recht, Krieg und Frieden zu beschließen, unbestritten der Krone gebühre, und anderseits es wieder ein Recht des Reichsraths sei, über die zur Kriegführung benöthigten Mittel mit einem Beschlusse vorzugehen, unter die schwierigen gehöre. Es ist, wiederhole ich, von Seite des Herrn Berichterstatters erklärt worden, wie es nicht gut sei, derlei Fragen zuzuspitzen, und das ist auch dasjenige, worüber längst die Geschichte ihr Verdict abgegeben hat. Ein Land, in welchem das Verfassungsleben seit Generationen besteht, so dauernd besteht, daß es nur lächeln würde, wenn man dem Gedanken Raum gäbe, daß es je umgestoßen werden könnte — England, hat längst den Brauch eingeführt, nicht in dem Momente, in welchem der Krieg beginnt, auch vor das Parlament zu treten, um die Mittel dazu zu begehren, sondern das Haus hat von der Verantwortlichkeit der Minister jenen Begriff, daß sie auch dafür die Verantwortlichkeit übernehmen, nicht unbegründet einen Krieg begonnen zu haben. Unbezweifelt wird auch hier dieser Vorgang genügende Erklärung finden, für mich wenigstens. Wenn wir heute in die Lage gekommen wären, m. H., einen Credit für diese Kriegsführung oder für diese Expedition in Anspruch zu nehmen, sei es nun mit 5 Millionen, sei es nun mit 10 Millionen, sei es nun mit 20 Millionen, könnten wir dem Hause die Zumuthung machen, diese Summe ohne weiters zu votiren? Gewiß nicht. Ich glaube nicht, daß man in dem Hause, bevor man sein Votum abgibt, es unterlassen würde, denn doch der Sache an den Grund zu gehen, warum gerade die gegebene Ziffer gefordert werde.

Es hat der verehrte Ausschuß und dieses hohe Haus ganz genau, als es sich um die Forderung der 10 Millionen handelte, sich Daten von Seite des Ministeriums vorlegen lassen, warum gerade diese Ziffer von 10 Millionen gefordert werde, und das Kriegsministerium hat auch bereitwillig diese Daten vorgelegt. Wie nun, wenn wir also für eine Kriegsführung eine Summe in Anspruch nehmen, so wird dann consequent das Haus in die Lage kommen, Daten über diese gegebene Forderung von dem Ministerium abzufordern, und ich frage Sie, m. H., ist es dann eine Möglichkeit, solche Daten zu geben? Sollen wir am Ende jene Vorräthe an Munition, sollen wir Das, was wir an Bespannung für die Expedition brauchen, sollen wir das am Ende einer öffentlichen Verhandlung übergeben, damit heute die dänische Regierung in die Lage komme, bis auf das genaueste über alle jene Mittel an Geld, an Material und an Personen unterrichtet zu sein, die wir gegen sie in das Feld zu führen beabsichtigen? Ich glaube, da wird jeder erfahrene Krieger und jeder erfahrene Staatsmann sagen, daß das unter die Unmöglichkeiten gehört, und darin, m. H., ist der Schlüssel zu dem Räthsel, wie es schien, warum die k. k. Regierung bisher mit der Forderung eines Credites für die Expedition nicht vorgetreten ist.

Ich habe nur noch Eines zu bemerken. Es ist von mehreren Seiten des Hauses ausgesprochen worden, daß in dem Antrage des Herrn Abgeordneten Tinti und seiner Meinungsgenossen, wenn er zum Beschlusse erhoben werde, ein schwerer Schlag gegen die Würde des Parlamentes geführt werde, daß, wenn man in einer so wichtigen Frage zur Tagesordnung übergehe, wohl auch die Regierung über das Parlament zur Tagesordnung vorgehen dürfte. Daß die Regierung nicht denkt, die Würde, die Rechte und das Ansehen des Parlamentes irgend zu beschränken, darüber habe ich mich mit dem Freimuth eines Mannes heute bereits ausgesprochen. Was soll aber überhaupt in dem liegen, daß eine ansehnliche Zahl von Mitgliedern erachtet, in dieser Frage, gegenüber einem Tadelsvotum gegen die Regierung, mit der Tagesordnung vorzugehen?

Wenn man erklärt, daß man dieses Tadelsvolum eben nicht aussprechen will, wie, m. H., kann man sagen, daß man damit ein Parlament nullificire? Das echte Verfassungsleben besteht darin, daß die Regierung eine Majorität im Parlament hat, da würde also das bloße Vorhandensein einer Majorität, die mit der Regierung geht, jedes Verfassungsleben vernichten, und das wird doch gar Niemand zugeben wollen. Was würde das englische Parlament sagen, wenn Sie ihm heute zurufen: „Weil ihr dem Lord, der an der Spitze der Geschäfte steht und den man Lord Feuerbrand nennt, und der es versteht, mitunter etwas kühn in die Geschicke seines Landes und Europa's einzugreifen, weil ihr den unterstützet, darum nullificirt ihr das Parlament.“ (Bravo.)

M. H.! Ich habe mich bemüht, indem ich Ihre Geduld in Anspruch genommen habe, diejenigen Angriffe zu bekämpfen, welche gegen die Regierung gerichtet wurden. Ich habe mich bemüht, Ihnen zu zeigen, daß wir den äußersten Werth darauf legen, mit Deutschland in die freundlichsten Beziehungen zu treten und zu verbleiben, daß uns nichts ferner liegt, als irgend etwas zu unternehmen, was unsere Verfassung verkümmert, und daß zu dem Verdacht eines solchen Schrittes in der That keine gegründete Ursache vorliege. Ich habe mich bemüht, Ihnen zu zeigen, daß die Schritte, welche die Regierung unternommen hat, in wahrhaft österreichischem Interesse geschehen; ich war bemüht, zu rechtfertigen, warum von unserer Seite nicht eine bestimmte Forderung an Geld für diese Expedition an den Reichsrath gebracht worden ist.

Nach diesen Auseinandersetzungen darf ich mit Beruhigung dem Urtheil des hohen Hauses entgegensehen, welches entweder in der Annahme der Tagesordnung, oder in der Annahme der Resolution eine Billigung oder Mißbilligung unserer Politik aussprechen wird. (Lebhafter Beifall.)

Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 3. d. (Schluß.)

Der 10. Differenzpunct betrifft die Gehaltserhöhung für die Postbeamten. Das Abgeordnetenhaus hat nämlich den Betrag von 36.590 fl. als Gehaltserhöhung für die Postbeamten eingestellt, das Herrenhaus dagegen diesen Betrag gestrichen. In der Commission sprachen sich 6 Stimmen für den Beschluß des Abgeordnetenhauses, 6 Stimmen für jenen des Herrenhauses aus. Bei der Abstimmung spricht sich die Majorität für das Beharren bei dem früheren Beschluß aus.

Der 11. Differenzpunct betrifft die Gehaltserhöhung der richterlichen Conceptsbeamten. Das Abgeordnetenhaus hat für diese Erhöhung die Summe von 313.424 fl. eingestellt, das Herrenhaus dagegen blos die Summe von 67.550 fl. (Soviel betrug im vorigen Jahre bereits die den Gerichtsadjuncten bewilligte Functionszulage von 100 fl.) In der Commission waren Alle einig, daß dieser geringere Betrag eingestellt werde, bezüglich des Mehrbetrages waren 6 dafür und 6 dagegen.

Bei der Abstimmung wurde der von der Finanz-Commission einstimmig angenommene Antrag, die Summe von 67.550 fl. als Gehaltserhöhung zu bewilligen, genehmigt. Der weitere Antrag des Abgeordnetenhauses den richterlichen Conceptbeamten die Summe von 245.875 fl. zur Ausbesserung der Gehalte zu votiren, bezüglich dessen in der Commission keine Einigung erfolgt war, wird mit 61 gegen 46 Stimmen aufrecht erhalten.

Es kommt der 12. Differenzpunct, betreffend die vom Herrenhaus vorgenommene Erhöhung des Erfordernisses des Kriegsministeriums durch Einstellung von 262.000 fl. als Taxcapitals-Ersparungen des Stellvertreterfondes, bezüglich dessen keine Einigung erzielt wurde, zur Verhandlung. Bei der Abstimmung wird der frühere Beschluß des Abgeordnetenhauses mit 67 gegen 57 Stimmen aufrecht erhalten.

Abg. Steffens stellte den Antrag die Sitzung zu schließen. (Derselbe bleibt in der Minorität). — Es kommt nun der 13. Differenzpunct, nach welchem das Herrenhaus in das Budget der Kriegsmarine „Titel 6, ausgerüstete und seebereite Schiffe“ einen Mehrbetrag von 229.070 fl. eingestellt hatte, und bezüglich dessen in der Commission Stimmengleichheit sich ergeben hatte. Es wird zur Abstimmung geschritten. Die vom Herrenhaus eingestellte Post von 229.070 fl. wird mit überwiegender Majorität abgelehnt.

Beim Titel 7 des Marinebudgets, die Erhaltung und Nachschaffung des Flottenmateriales betreffend, hat sich eine Differenz mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses durch Einstellung des Mehrbetrages von 349.575 fl. ergeben. Präsident schreitet zur Abstimmung. Die vom Herrenhaus eingestellte Summe von 394.575 fl. wird abgelehnt und der frühere Beschluß des Hauses aufrecht erhalten.

Präsident macht darauf aufmerksam, daß der Herr Finanzminister sich bereits entfernt habe, dessen Anwesenheit jedoch für die folgenden Differenzpuncte nothwendig sei. Er würde daher aus diesem Grund sowohl als aus dem Umstand, als um 3 Uhr ein Ministerrath stattfinde, den Schluß der Sitzung beantragen. (Derselbe wird angenommen.)

Nächste Sitzung morgen. Tagesordnung, Fortsezzung der heutigen Wahl eines Mitgliedes zur Staatsschuldencontrols-Commission.

Wie der „Botschafter“ meldet, ist im Ministerrath am 3. d. über den Schluß der Session berathen worden. Es heißt, der Schluß werde in der nächsten Woche stattfinden. Man glaubt nicht, daß außer den auf die Finanzen bezüglichen Vorlagen noch weitere Gegenstände zur Verhandlung kommen werden. Die Landtage sollen etwa Mitte März zusammentreten, jedoch nur für kurze Zeit, um bald wieder dem zu einer Session zusammentretenden Reichsrath Platz zu machen. Obwohl bis vor Kurzem die Annahme obwaltete, daß noch die siebenbürgische Eisenbahnfrage erledigt werden solle, so scheint doch diese Meinung in den letzten Tagen wesentlich modificirt worden zu sein. Die Zeit dürfte sich hiezu als zu kurz erweisen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 3. Febr. Se. Majestät der Kaiser ist heute Früh in Begleitung Sr. k. Hoheit des Herrn Erzherzogs Franz Karl zu einer Jagd nach dem Hütteldorfer Thiergarten gefahren.

Se. k. Hoheit der Herr Erzherzog Karl Ferdinand ist gestern aus Brünn hier angekommen.

Der Bürgermeister Dr. Zelinka befindet sich in voller Reconvalescenz, weshalb keine Bulletins mehr ausgegeben werden.

Deutschland.

Von der Bundesbehörde ist nach dem Einrücken des größeren Theils der „Armee für Schleswig-Holstein“ den holsteinischen Blättern die Weisung zugegangen, im Interesse der Sache selbst über Stärke

---

war, so hatte Ihre Majestät dennoch bei sich beschlossen, die Sache nochmals zu überlegen; diesem Vorhaben wurde aber durch Ihre Behörden, welche im Besitze des unterschriebenen Urtheils waren, zu Ihrem größten Schmerze (aus welcher Ursache auch Ihr Staats-Secretair Davison in's Gefängniß gesetzt und viele Andere in die Ungnade Ihrer Majestät fielen, auch legte Ihre Majestät Trauerkleidung an) zuvorgekommen, indem sie den Vollzug des Urtheils sofort anbefohlen hatten. Die Grafen Shrewsbury und Kent hatten durch den Secretair Beale die Vollmacht Ihrer Majestät zur Vollstreckung des Urtheils erhalten und kündigten an dem der Hinrichtung vorgehenden Tage der Königin von Schottland in Gegenwart mehrerer Statthalter, Ritter, Edelleute und der Gefängniß-Vorsteher Amias Paulet und Drughri die desfallsigen Befehle Ihrer Majestät an.

Die Königin Maria erwiderte denselben, sie sei zu sterben bereit und habe schon lange auf ihren Tod gehofft; zugleich fragte sie, auf welchen Tag ihre Hinrichtung festgesetzt sei, worauf die Grafen ihr entgegneten, daß sie ihr die Bestimmung des Tages freistellten, nur dürfe dadurch der Vollzug der Befehle Ihrer Majestät nicht verzögert werden, und wäre es dieserhalb am besten, den nächstfolgenden Tag, den 18. Februar neuen Styls, dazu zu bestimmen. Die Grafen unterhielten sich hierauf mit der Königin von Schottland und setzten ihr die Gründe auseinander, durch welche Ihre Majestät und das Reich zu diesem äußersten Entschlusse gekommen wären, und baten dieselbe, Alles mit Geduld und Vertrauen auf Gott zu ertragen.

Am folgenden Tage, am 18. Februar, Morgens um 7 Uhr, erschienen in dem Gefängniß zu Fotheringhay die genannten Grafen, Statthalter und Edelleute; einigen Edelen wurde gestattet, zwei Bekannte, den Uebrigen nur einen Freund mitzubringen, so daß ungefähr achtzig bis hundert Personen, mit Ausschluß der zur Umgebung und Dienerschaft der Königin von Schottland gehörigen Personen, so wie der Besatzung des Castells, eingeführt wurden.

Zur Hinrichtung wurde in einer großen Halle eine Bühne von zwölf Fuß Länge, zwei Fuß Höhe mit einer zwei Fuß hohen Einfassung errichtet, welche ganz mit schwarzem Tuche belegt war, in der Mitte stand ein gepolsterter Sessel. Nachdem diese Anstalten getroffen und alle Edelleute angekommen waren, wurde ein Bote zu der Königin von Schottland geschickt, um ihr anzukündigen, daß alle Grafen versammelt wären, und anzufragen, ob sie jetzt bereit sei, wie dieses am vorhergehenden Tage nach dem Frühstücke ihr bekannt gemacht worden. Der Bote fand das Schlafgemach der Königin, worin ihre ganze Umgebung versammelt war, verschlossen. Bald darauf wurde ein anderer Bote mit dem Auftrage entsendet, wenn die Thüre noch verschlossen wäre, anzuklopfen und um Antwort zu bitten; derselbe fand die Thüre geöffnet und richtete seinen Auftrag an eine Person aus der Umgebung der Königin aus, welche ihm die Antwort gab, daß dieselbe noch nicht bereit sei. Nach einer halben Stunde wurde ein dritter Bote entsandt, welcher die Antwort brachte, daß die Königin in einer halben Stunde bereit sein würde. Bald darauf begab sich einer der Statthalter zu der Königin, welche er mit ihrer ganzen Umgebung knieend und betend antraf. Als derselbe der Königin bemerkte, daß die Zeit herannahe, erhob sich dieselbe und erklärte, daß sie bereit sei.

(Schluß folgt.)

Zur Tagesgeschichte.

** Ueber den Brillantenschmuck der Fürstin Metternich, welcher auf dem letzten Tuilerien-Balle verloren gegangen sein sollte, sagt ein Correspondent der „Pr.“: Ein einziger Stein war in Verlust gerathen, ist aber auf dem Balle selbst wieder gefunden worden.

** [Papa Wrangel in Hamburg.] Vater Wrangel genießt bereits eine sehr große Popularität, und Anekdoten, die ihn betreffen, circuliren schon in Aller Munde. Die Demonstration mit der Trauerfahne scheint den alten Herrn wenig genirt zu haben. Wie es heißt, hat er nach Wegnahme derselben sein Bedauern, daß dies geschehen, durch einen Unteroffizier nach dem Stadthause melden lassen. Einem Mitgliede der Hamburger haute finance, welcher den Feldmarschall (den bekannten Mir und Mich-Verwechsler) zu vier verschiedenen Festlichkeiten eingeladen, soll die charakteristische Antwort geworden sein: „Ich werde auf allen Vieren kommen.“

** Das Petroleum ist von einer Commission, die der Marineminister der Vereinigten Staaten eigens zu diesem Zwecke eingesetzt hat, nach fünfmonatlichen sorgfältigen Forschungen als ein vorzüglicher Brennstoff zur Heizung von Dampfmaschinen anerkannt worden. Die Heizkosten und die bei der Heizung zur Anwendung gelangende Mühewaltung sollen auf ein Drittel im Vergleich mit der Kohlenheizung herabgemindert sein.

und Stellung der genannten Armee nichts mehr zu melden. Was über vollendete Thatsachen verlautet, ist folgendes: Die verbündete Armee „für Schleswig-Holstein“ hat nun den südlichsten Theil von Schleswig besetzt. Der rechte Flügel, das preußische Armeecorps unter Prinz Friedrich Karl, steht, nachdem es den dänischen Wohld und Eckernförde besetzt, in Schwansen vor Missunde und weiter nordöstlich. Auf dem linken Flügel, wo das österreichische Armeecorps unter dem Feldmarschall-Lieutenant v. Gablenz vorgeht, haben die Dänen die Sorgelinie, die einen für die Vertheidigung günstigen Bodenabschnitt bildet, geräumt und sich vermuthlich in ihre Werke bei Schleswig zurückgezogen. Am 1. d. und während der Nacht auf den 2. d. war man beschäftigt, die gesprengten Brücken (bei Sorgbrück und die Eisenbahnbrücke links von Stentenmühle) wieder herzustellen, so daß dem Vorrücken bis zum Dannewerk kein Hinderniß mehr entgegenstehen wird. Ueber den Ausmarsch der Preußen schreibt man aus Kiel, 1. Februar: Präcise 7 Uhr wurde die auf schleswigscher Seite aufgezogene Brücke von holsteinischer Seite mittelst Leitern gesprengt, und so wie die Brücke niedergefallen, ging die erste Compagnie vom 64. Regiment im Trab hinüber, schwärmte aus und schoß auf die abreitende dänische Dragoner-Patrouille; zwei Mann stürzten, ob getroffen, konnte nicht ermittelt werden. Hierauf folgte ein Zug vom 11. Ulanen-Regiment und nun ging das Corps selbst im Sturmlauf unter großem Hurrah der Offiziere und Soldaten und wahrhafter Begeisterung über die Brücke. Die abreitenden dänischen Dragoner thaten Signalschüsse die sich schwächer und schwächer fortpflanzten; sie verließen ihren Stationsort, nachdem sie des dortigen Müllers vier beste Pferde mitgenommen hatten. Die Preußen sind heute Mittag 12 Uhr in Eckernförde eingerückt und die Dänen zurückgegangen; doch heißt es, daß sie den nachrückenden Preußen 4 Bataillone entgegengestellt hätten. Am Strande war preußische Artillerie aufgefahren, welche auf die Kriegsdampfer, worunter das Panzerschiff „Esbern Snare“, schoß; diese erwiderten und gingen, nachdem sie neun Kugeln erhalten, dann in See. Die Stimmung der preußischen Truppen ist vortrefflich; überall antworten sie auf den jubelnden Empfang der Bewohner mit dem Liede „Schleswig-Holstein.“ Ein dänischer Dragonerlieutenant mit vier Mann ist schon diesseits Gettorf von preußischen Ulanen gefangen genommen worden. In Kiel werden Lazarethe zu 1000 Betten errichtet. Es hat sich ein Central-Hilfsverein von Damen für die Lazarethe gebildet und bittet um Zusendung von Geld und Lazareth-Bedürfnissen. Zwei schwer Verwundete wurden von dem Gefecht auf den Windebyer Koppeln nach Kiel gebracht. — Ueber das Gefecht bei Kosel und Missunde wird ferner gemeldet: Bei Kosel und Missunde hat am 2. d. ein dreistündiges heftiges Gefecht stattgefunden, an dem alle Waffengattungen, namentlich Artillerie, Theil genommen. Die Dänen wurden in den Brückenkopf zurückgeworfen. (Kosel liegt an dem Flüßchen Kosel, Au auf dem Wege von Eckernförde nach dem durch einen Brückenkopf befestigten Uebergange über die Schlei bei Missunde. Die Entfernung von Eckernförde bis Missunde beträgt 1 ½ Meilen.) Wie man hört, hat heute, am 3. d., ein Angriff auf die dänischen Schanzen stattgefunden. Das Endresultat war bis jetzt noch unbekannt. Die Verluste der Preußen sollen an 100 Todte und Verwundete betragen. Eine tel. Depesche aus dem preußischen Hauptquartier, 3. Februar, 1 Uhr 45 Minuten früh, meldet: Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich Karl hat gestern die Avantgarde, die 11. Infanterie-Brigade und 74 Geschütze gegen Missunde im Gefecht gehabt. Es hat sich ergeben, daß die Dänen die Position halten wollen. Diesseits 100 Todte und Verwundete; die Haltung der Truppen musterhaft. Missunde brannte. — In Friedrichstadt rüsten sich die Dänen allen Ernstes auf die Eventualität eines Sturmangriffes. In den letzten Tagen haben sie eine bedeutende Menge eiserner sogenannter spanischer Reiter angefertigt, ein Theil derselben wird jetzt an den durch denselben zu deckenden Stellen angebracht. An der großen Anzahl derselben, so wie an deren Ausstellung ist zu ersehen, daß man sich auf einen überlegenen, auch von der Westseite oder über die Eider her kommenden Angriff gefaßt macht; vielleicht sogar, wenigstens so geben Militärs vor, auf einen Straßenkampf. Indessen ist in Betracht zu nehmen, daß die Werke gar nicht verpallissadirt sind, so wie überhaupt die ganze Befestigung des Ortes durchaus nicht den Charakter einer Festung, sondern nur den einer retranchirten Position trägt. Abgesehen von der besseren Armirung, ist sogar die Vertheidigung an der Ostseite weit schwächer, als sie in 1850 war. Jetzt noch, in der elften Stunde, wird an einem sehr wichtigen Punct, auf dem Deich beim Fährhause, ein blendirtes Werk errichtet, wodurch sowohl die „Borkmühlenschanze“ (östlich an der Eider), als das Knie des Deiches bei derselben gedeckt wird; es ist gerade an derselben Stelle, wo 1850 ein Werk in den Deich eingeschnitten war, dessen Kartätschen die Sturm-Colonne am Abend des 29. Septembers so arg mitnahmen. — Die in Altona und Umgebung garnisonirenden Sachsen haben soeben Marschordre nach Rendsburg erhalten.

Zum preußischen Civilcommissarius für Schleswig ist Freiherr v. Zedlitz (früherer Polizeipräsident Berlins) ernannt worden.

Die hannoversche Ständeversammlung ist auf den 18. d. einberufen.

Frankreich.

Paris, 1. Februar. Heute fand in den Tuilerien die Schlußscene der Adreß-Debatte statt. Die Deputation, welche dem Kaiser die Adresse zu überbringen hatte, erhielt folgende Antwort:

Herr Präsident! Die Adresse, welche mir die Zustimmung des gesetzgebenden Körpers überbringt, rührt mich tief. Die Verhandlungen über die Wahlprüfungen, sowie diejenigen über die Adresse sind lang und tief eingehend gewesen, und obgleich sie nahe an 3 Monate gedauert, so waren sie doch nicht nutzlos. Welches sind in der That die definitiven Ergebnisse dieser Debatte für jeden unparteiischen Geist gewesen? Die auf geschickte Weise verbreiteten Anklagen auf nichts zurückgeführt, die Politik der Regierung besser gewürdigt, eine compactere und der Erhaltung unserer Institutionen ergebenere Majorität! Diese Ergebnisse, die erlangt worden, sind groß, denn nach den fruchtlosen Versuchen mit so verschiedenen Regierungssystemen ist das erste Bedürfniß des Landes Stabilität. Auf einem Boden, der keine Festigkeit hat und immer sich in Bewegung befindet, kann man nichts Dauerhaftes gründen. Was sehen wir in der That seit 60 Jahren? Die Freiheit wurde in den Händen der Parteien nur eine Waffe zum Umsturz. Daher die unaufhörlichen Schwankungen, daher der Reihe nach die Gewalt der Freiheit und die Freiheit der Anarchie erliegend. So darf es nicht mehr gehen, und das Beispiel der letzten Jahre beweist, daß man das versöhnen kann, was seit langer Zeit als unversöhnlich erschienen war. Der wirkliche fruchtbare Fortschritt ist die Frucht der Erfahrung, und ihr Gang wird nicht beschleunigt werden durch systematische und ungerechte Angriffe, wohl aber durch die innige Vereinigung der Regierung mit der Majorität, welche die Vaterlandsliebe inspirirt und welche eine leere Popularität niemals verführt. Erwarten wir von der Eintracht und von der Zeit die möglichen Verbesserungen! Möge die trügerische Hoffnung auf ein vermeintliches Besseres nicht ohne Aufhören das Gute der Gegenwart in Gefahr bringen, das zu befestigen, was uns am Herzen liegt. Bleibe ein jeder von uns in seinem Rechte: Sie, indem Sie den Gang der Regierung aufklären und überwachen, — ich, indem ich die Initiative zu Allem ergreife, was der Größe und dem Wohlergehen Frankreichs nützlich ist!

So lautet der bis jetzt bekannte officielle Text, welcher der „Köln. Ztg.“ von der Rede mitgetheilt ward. Einige Abendblätter, welche nur Auszüge aus derselben bringen, wollen wissen, der Kaiser habe noch gesagt, daß, „was die äußeren Angelegenheiten anbelange, so sei die Politik der kaiserlichen Regierung genau vorgezeichnet, es sei eine Politik der Zurückhaltung, des Friedens und der Versöhnung“. Um 1 ½ Uhr war die Ceremonie zu Ende. — Der gesetzgebende Körper, der bereits 3 Monate versammelt ist und während dessen die Mandats-Prüfungen, die Adresse und die neue Anleihe besorgt hat, geht heute endlich zu seiner Special-Beschäftigung über und wird zunächst die Zuckergesetzvorlage im Geheimcomité berathen. — Der „Moniteur“ publicirt heute das Gesetz, das dem kais. Haus- und Kunstminister einen Credit von 247.228 Frs. für Anfertigung der Merico-Denkmünze bewilligt. — Da der Gouverneur der Insel Réunion, Baron Darcau, zum Contre-Admiral befördert worden ist, so wird er, wie die „France“ meldet, nach Frankreich zurückkehren und an seine Stelle der bekannte Capitän Dupré treten. — Die Dampf-Fregatte „Darien“ war, laut der „France“, am 26. Jänner in Oran angekommen und wollte auf ihr am 30. Prinz Bonaparte die Fahrt nach Vera-Cruz antreten.

Schweiz.

Bundesrath Pioda ist als Nachfolger Tourte's zum bevollmächtigten Minister der Eidgenossenschaft in Turin gewählt worden. Wie erwähnt, ward die Wahl beschleunigt durch wichtige Nachrichten aus Paris. Als seinen Nachfolger im Bundesrath bezeichnet man den Nationalrath Phillippin aus Neuenburg.

Großbritannien.

London, 1. Februar. Die Königin von Dänemark und ihre älteste Tochter werden gegen Ende dieses oder Anfang des nächsten Monats am englischen Hof erwartet, um der Taufe des jungen Prinzen beizuwohnen, welche, wie einstweilen angenommen wird, am 10. März, als am Jahrestag der Vermählung des Prinzen und der Prinzessin von Wales stattfinden soll.

Dänemark.

Aus Kopenhagen, 1. d., wird gemeldet: Ein offener Brief schreibt die Reichsrathswahlen aus: für den Folksthing desselben auf den 5., für den Landsthing auf den 29. März. — Der König Christian ist in der letzten Nacht mit großem Gefolge zur Armee abgereist.

Rußland.

Der „Dzien. powsz.“ bringt fortwährend zahlreiche Ergebenheitsadressen von allen Gegenden und Ständen und den Dank des Kaisers an die unterzeichneten Unterthanen. In seiner Nummer vom 1. d. berichtet der „Dzien. powsz.“ über den vom Stadt-Präsidenten General Witkowski am 30. v. veranstalteten Ball. In den geräumigen Sälen des Palais, wo jetzt zeitweilig der Magistrat untergebracht ist, waren gegen 800 Personen beiderlei Geschlechts, zur Hälfte aus dem polnischen Zirkel der Hausbesitzer, Kaufleute, Zunftmeister, anderer vornehmen Personen und Vorsteher der jüdischen Synagoge versammelt. Der Statthalter war anwesend. Bei seinem Eintritt in den Saal überreichte ihm der Präsident, umgeben von den Bürgern der Stadt, nach einer Begrüßungsansprache eine mit Sammt und Silber gezierte Pergamentrolle mit einer von angesehenen Hausbesitzern, Fabrikanten, dem Adel, den Vorstehern des evangelischen Consistoriums und der Synagoge, dann von einigen Aeltesten des Kaufmanns- und Handwerker-Standes, die 30.000 Personen in Warschau vorstellen, unterschriebenen Ergebenheitsadresse an den Kaiser, welche sodann laut vorgelesen wurde und über welche der Statthalter seine Befriedigung ausdrückte. Graf Berg eröffnete den Ball mit der Wirthin des Hauses. Es wurden Toaste auf den Kaiser, den Statthalter, den Präsidenten und auf die Warschauer Bürger ausgebracht. Im Verlauf des fröhlichen Banketts wurden noch andere Toaste ausgebracht, unter andern einer auf die Vereinigung und Brüderschaft der zwei Nationalitäten desselben Volksstammes mit dem berühmten altpolnischen Refrain „Lieben wir uns“ (Kochajmy się), der mit stürmischen Hurrah's und Vivats aufgenommen wurde. Der Ball endete um 6 Uhr früh.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 5. Februar.

* Das hiesige k. k. Landesgericht in Strafsachen hat am 30. v. des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe nach §. 66 St. G. durch Antheil an dem bewaffneten Aufstand für schuldig erklärt und verurtheilt: Eduard Ćwierczewicz, Eleven der Agronomischen Schule in Czernichow, Andreas Kociołek, Tagelöhner, und Roman Wójcik, Maurer-Gehülfen, zu einem Monat Gefängniß; Peter Moritz, Tagelöhner, zu drei Wochen, Władysław Tyralewski, Druckerlehrling, zu fünf Wochen, und Johann Nowak, Schneidergeselle, zu zwei Monaten Gefängniß. Alle Verurtheilten haben der „Chwila“ zufolge die gegen sie gefällten Urtheile angenommen, die k. k. Staatsanwaltschaft jedoch sich die Berufung vorbehalten.

* Frl. Marald aus Triest wird morgen als Sarah in einer Novität (für Krakau), der Posse Elmar's „Ein jüdischer Dienstbote“ zum zweiten mal gastiren.

* Bei einer in Lemberg am 3. l. M. vorgenommenen polizeilichen Revision wurde ein Individuum aus staatspolizeilichen Rücksichten arretirt und bei ihm compromittirende Papiere und Proclamationen der Umsturzpartei gefunden.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Berlin, 3. Febr. Freiw. Anlehen 99¾. — 5% Met. 57½. — Wien fehlt. — 1860er-Lose 73½. — Nat.-Anl. 64⅝. — Staatsb. 102½. — Credit-Actien 72½ — Credit-Lose 70¼. — Böhm. Westbahn 62½.

Verkehr mäßig, Haltung belebt, auf die Nachrichten vom Kriegsschauplatz vorübergehend matt.

Frankfurt, 3. Februar. 5perc. Met. 56¼. — Anlehen v. J. 1859 76¼. — Wien 95⅛. — Bankactien 733. — 1854er Lose fehlt. — Nat.Anl. 63¼. — Staatsb. fehlt — Cred.-Act. 168½. — 1860er Lose 73¾.

Hamburg, 3. Februar. Credit-Actien 71¼. — National-Anlehen 64. — 1860er Lose 72¼. — Wien —.

Curse schwankend, still, Valuten höher. (Stürmisch, Regen).

Krakauer Cours am 4. Februar. Neue Silber-Rubel Agio fl. p. 109 verlangt, fl. p. 107 gezahlt. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währ. fl. poln. 384 verl., 378 bez. — Preuß. Courant für 150 fl. öst. W. Thaler 82 verl., 81 bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. 121 verl., 120 bez. Russische Imperials fl. 10.— verl., fl. 9.85 bez. — Napoleond'ors 9.75 verl., 9.60 bez. — Vollwichtige holländ. Dukaten fl. 5.80 verl., 5.70 bez. — Vollwicht. österr. Rand-Dukaten fl. 5.80 verl., 5.70 bez. — Polnische Pfandbriefe mit Coupons fl. p. 93⅔ verl., 92⅔ bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in öst. W. 73.25 verl., 72.25 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst l. Coup. in CM. fl. 77 verl., 76 bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währ. fl. 73¼ verl., 72¼ bez. — National-Anleihe vom Jahre 1854 fl. österr. Währ. 80 verl., 79 bez. — Actien der Carl Ludwigs Bahn, ohne Coupons voll eingezahlt fl. österr. Währ. 197 verl., 195 bezahlt.

Neueste Nachrichten.

* Von der Grenze des Krakauer Kreises wird uns unterm 4. d. M. gemeldet, daß am 31. Jänner zwischen einer halben Sotnie Kosaken und einer berittenen Insurgentenschaar von 37 Mann unter Anführung Mazaraki's in Sędziszów bei Wodzisław ein Treffen stattgefunden hat, welches zum Nachtheile der Letzteren ausfiel. Auf dem Kampfplatze verblieben 7 todte und 1 verwundeter Insurgent und zwei todte Russen. Bei dieser Affaire fand auch der dortige Grundherr Rusocki, welcher mit seinem Koch auf der Flucht begriffen war, den Tod.

†† In Podgórze wurden gestern zwei Werber in voller Thätigkeit überrascht, verhaftet und dem Festungscommando übergeben.

An hervorragender Stelle publicirt die „Chwila“ heute ein ausführliches Schreiben des Erzbischofs S. S. Feliński, dat. Jarosław, 11. v. Mts., an einen der Domherren als Antwort auf den Vorschlag, den Befehl seinerseits zur Ablegung der Trauer zu geben. Dieses Schreiben, von welchem man, wie die „Chwila“ schreibt, schon seit zwei Wochen (vielleicht sogar noch ehe es geschrieben war) in Warschau Kenntniß haben wollte, spricht dem stellvertretenden Official das Recht ab, die Aufhörung der Kirchentrauer zu verordnen und weiset jenen an, dejenigen welche die Aufhebung der Kirchentrauer verlangen, an ihn, den Erzbischof zu weisen, der lieber allein Kampf und Demüthigung auf sich nehmen würde, als mit Beschädigung der Interessen der Kirche (?) sich in Concessionen einzulassen. Die Echtheit oder Unechtheit dieses Schreibens wird sich wohl bald herausstellen.

Dem Leitartikel, in welchem die „Chwila“ heute die ihr in Wiener Briefen über die letzten viertägigen Debatten im Reichsrath zugekommenen Communicationen mittheilt, schließt das Blatt mit der Bemerkung: Herr Schmerling hat wiederum gezeigt, daß er nicht nur Minister sondern daß er Staatsmann ist.

Der „Dzien. pow.“ vom 3. d. bringt die mit 339 Namensunterschriften versehene Ergebenheitsadresse der Warschauer Bewohner, welche auf dem Balle beim Stadtpräsidenten General Witkowski, vom diesem dem Grafen Berg eingehändigt wurde und ein Ergebenheitsschreiben des Grafen Łubieński, Bischof der Augustower Diöcese in französischer Sprache.

Wien, 4. Februar. (Sitzung des Herrenhauses.)

An der Tagesordnung ist die erste Lesung des vom Abgeordnetenhause beschlossenen Gesetzentwurfes betreffend die Bemessung, Vorschreibung und Einhebung der Erwerb- und Einkommensteuer bei Actiengesellschaften, deren Unternehmungen an verschiedenen Plätzen ausgeübt werden.

Auf Antrag des Präsidenten wird zur Vorberathung dieses Gesetzentwurfes eine Neunercommission gewählt und die Sitzung behufs Abgabe der Stimmzettel unterbrochen.

(Die Sitzung dauert fort.)

Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 4. Februar.

Die Verhandlung über die Veränderungen am Finanzgesetz wird mit dem 15. Differenzpuncte, Kriegsministerium, sonstige Einnahmen, wieder aufgenommen. Antrag a und b wird ohne Debatte genehmigt.

Zu Antrag c, Cassenüberschüsse von 1 ½ Mill. betreffend, setzt

der Finanzminister noch einmal den Zusammenhang mit diesem Cassenüberschuß aus einander und macht darauf aufmerksam, daß das Vorhandensein und die Höhe eines Barbestandes sich augenblicklich noch gar nicht nachweisen lasse.

Giskra vertheidigt den Beschluß des Abgeordnetenhauses.

Nach einer Conversation zwischen dem Finanzminister und dem Berichterstatter beschließt die Versammlung bei dem früheren Beschlusse zu beharren.

Punct 16 und 17, textuelle Aenderungen am Finanzgesetz, werden ohne Debatte genehmigt.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der Ausschußbericht über die vom Herrenhause beschlossenen Aenderungen an der Gebührengesetznovelle. Die Aenderungen werden ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Ersatzwahl für die Staatsschuldencontrolscommission.

Gewählt wird mit 117 von 123 Stimmen Freiherr v. Dobblhoff.

Schluß der Sitzung 12 Uhr.

Nächste Sitzung morgen. Tagesordnung: 1. engerer Reichsrath: Bericht über den Antrag der Staatsschuldencontrollscommission, Bericht über den Nachtragscredit von 4 Millionen; 2. weiterer Reichsrath: Besitzfähigkeit der Juden in Czernowitz.

Gestern hielt der Ausschuß für die siebenbürgische Eisenbahnfrage Sitzung und hat in derselben beschlossen, die Experten zu ersuchen, auch das vorliegende technische Project für die Linie Großwardein-Klausenburg zu prüfen und dem Ausschusse über dasselbe Gutachten zu erstatten. Die Experten sind: die Herren Director Engerth und Civilingenieur Fillunger.

In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses wurde über die Forderung von 4 Millionen Gulden für Kriegsentschädigung weiter verhandelt. Bekanntlich bestand ein Bedenken wegen der Einstellung von Verzugszinsen. Dieselbe wurde jedoch nach sorgfältiger Prüfung als den besondern Rechtsverhältnissen des lombardisch-venetianischen Königreiches entsprechend erkannt und der Ausschuß beschloß im Sinne des Antrages der Regierung die Bewilligung und Einstellung der Verzugszeichen dem Hause zu empfehlen.

Berlin, 4. Februar, Mittags 1 Uhr. Soeben ist von Marschall Wrangel aus dem Hauptquartier in Damerdorf die Nachricht eingetroffen, daß die Avantgarde des österreichischen Corps unter dem persönlichen Commando des FML. Baron Gablenz, sowie der preußischen Gardedivision gestern gegen Schleswig vorgerückt sind. Die Brigade des k. k. Generals Gondrecourt griff mit großer Heftigkeit die zwischen Lottorf und Gettorf dislocirten Dänen an und warf die Dänen nach dreimaligem Bayonnet-Angriff zurück, nahm mit Sturm Königsberg bei Oberselk, wobei das 18. Jäger-Bataillon ein gezogenes Geschütz eroberte, und rückte bis dicht unter die Geschütze des Dannewirke vor. Großes Lob wurde der Tapferkeit des Generals Gondrecourt und seiner Brigade gezollt. Die Verluste werden als unbedeutend angegeben. Marschall Wrangel hat selbst 80 Mann als dänische Kriegsgefangene einbringen gesehen. Nach einem Privattelegramm aus Rendsburg vom 4. d. beträgt der Verlust der Oesterreicher gegen 500. Oberst Benedek ist verwundet. Die Dänen kämpften brav.

London, 4. Februar. Heute erfolgte die Eröffnung des Parlaments. Die Thronrede gibt eine historische Uebersicht des dänisch-deutschen Zwistes, indem sie die Ereignisse seit dem Tode des letzten Königs von Dänemark erzählt. Die Königin sagt, daß sie nicht ablassen wird von weiteren Bestrebungen im Interesse des Friedens. — Sie erwähnt noch der beabsichtigten Vorlage des Vertrages betreffs der Vereinigung Joniens mit dem Königreich Griechenland; auch werden Verhandlungen gepflogen hinsichtlich anderer Verträge mit Griechenland zum Behuf der Regelung nothwendiger Bedingungen. Die Lage des Landes ist befriedigend; der Handelsverkehr hebt sich und die Baumwoll-Noth nimmt ab. Die Königin verheißt verschiedene Reformen, welche näher bezeichnet sind.

Stuttgart, 3. Febr. In der Abgeordnetenkammer verlangte heute der Finanzminister 750,000 fl. Kriegsbereitschaftskosten und 800,000 fl. Matricularbeitrag. Hölder forderte vor der Bewilligung nähere Aufschlüsse.

Rendsburg, 3. Febr., Vorm. Es ist Thauwetter mit Regen eingetreten. Das preußische Hauptquartier befindet sich in Friedrichshof.

Rendsburg, 3. Jänner. Man hört den ganzen Tag anhaltenden Kanonendonner, wie es heißt, bei Jagel einem Vorwerke vom Dannewerk an der Rendsburg-Schleswiger Chaussée.

Flensburg, 3. Febr. Der König, der Kronprinz und Ministerpräsident Monrad sind heute Mittags unerwartet hier angekommen und alsbald mit der Eisenbahn zum Dannewerke abgereist. Abends werden sie hieher zurückkehren und im Hotel Rasch wohnen.

Kopenhagen, 3. Febr., Abends. Einem Privattelegramm aus Hull zufolge war daselbst das Gerücht verbreitet, Dänemark hätte auf deutsche Schiffe Embargo gelegt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. **A. Boczek.**

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 4. Februar.

Angekommen sind die Herrn Gutsbesitzer: Przeslaus Sławiński aus Galizien. Heinrich Turnau aus Galizien. Apolinary Wisłocki aus Galizien.

Abgereist sind die Herrn Gutsbesitzer: Alexander Dębiński nach Polen. Xawery Wykowski nach Galizien.

Amtsblatt.

N. 168. **Concurs-Kundmachung** (122. 2-3)

für eine Advokaten-Stelle.

In dem Sprengel des Krakauer k. k. Oberlandesgerichtes ist in Neu-Sandec eine Advokatenstelle in Erledigung gekommen.

Im Zwecke der Besetzung dieser Advokatenstelle haben die Bewerber binnen vier Wochen vom Tage der dritten Einschaltung dieser Concurs-Kundmachung in das Amtsblatt der Krakauer Zeitung gerechnet, die mit den erforderlichen Belegen versehenen Gesuche, in welchen die Nachweisung über das Alter, die absolvirten Rechtsstudien, den erlangten Doctorsgrad, die Sprachkenntnisse, die bestandenen vorgeschriebenen Prüfungen, die bisherige Verwendung, endlich die Moralität zu liefern, und zugleich anzugeben ist, ob, und in wiefern sie mit einem Justiz-Beamten des Krakauer Oberlandesgerichts-Sprengels verwandt oder verschwägert sind, unter Beobachtung des mit dem Krakauer Landesregierungsblatte kundgemachten hohen Justiz-Ministerial-Erlasses ddto. 14. Mai 1856 Z. 10567 (VI. Stück Nr. 9) an das k. k. Oberlandesgericht in Krakau zu richten und die als Bewerber einschreitenden Beamten durch ihre unmittelbaren Amtsvorsteher, die Notariats-Candidaten und Notare durch die Notariatskammer, welcher sie unterstehen, die Advokaturs-Candidaten und Advokaten endlich durch ihre vorgesetzte Advokatenkammer zu überreichen.

Krakau, am 18. Jänner 1864.

N. 2012. **Edict.** (117. 3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte wird bekannt gemacht, daß wider die liegende Masse nach Ignatz Roventsky:

a) Herr Leopold Hombesch wegen Zahlung der Summe pr. 111 fl. 47 1/2 kr. öst. W.
b) Hr. Bernhard Kurzweil wegen Zahlung der Summe pr. 65 fl. 16 kr. und 9 fl. 97 kr. öst. W.
c) Hr. Wolf Matzner wegen Zahlung der Summe pr. 42 fl. 75 kr.
d) Hr. Josef Wątorek wegen Zahlung der Summe pr. 26 fl. 27 kr. ö. W.
e) Frau Leopoldine Sechtling wegen Zahlung der Summe 75 fl. ö. W.

die Klagen hiergerichts eingebracht haben worüber zur summarischen Verhandlung der Termin auf den 17 Februar 1864 um 9 Uhr Vormittags festgesetzt worden ist.

Nachdem dessen Erben dem Namen, Leben und Wohnorte nach unbekannt sind, so wird zu deren Vertretung auf deren Gefahr und Kosten der Herr Peter Zaworski, Bürger zu Wieliczka zum Curator bestellt, und von dieser Curatelsbestellung werden dieselben mittelst dieser Edicte in Kenntniß gesetzt.

Gleichzeitig werden dieselben erinnert, diesem bestellten Curator die zu ihrer Vertheidigung dienlichen Behelfe zeitlich vor dem Termine einzuhändigen, oder einen andern Vertreter sich zu bestellen, als sonst die aus ihrer mangelhaften Vertretung entstehen mögenden Folgen, sie dem eigenen Verschulden zuzuschreiben haben werden.

Vom k. k. Bezirksgerichte.

Wieliczka, 31. Juli 1863.

Edykt.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd niniejszém wiadomo czyni, że przeciw masie leżącéj ś. p. Ignacego Roventskiego

a) p. Leopold Hombesch o zapłacenie 111 złr. 47 1/2 kr. w. a.,
b) p. Bernhard Kurzweil o zapłacenie 65 złr, 16 kr. i 9 złr. 97 kr. a. w.,
c) p. Wolf Matzner o zapłacenie 42 złr. 75 kr. wal. a.,
d) p. Józef Wątorek o zapłacenie 26 złr. 27 kr. w. a.,
d) p. Leopoldina Sechtling o zapłacenie 75 złr. wal. a.

pozwy tu w Sądzie podali, w skutek których pozwów do sumarycznego postępowania termin na dzień 17 Lutego 1864 wyznaczony został.

Gdy spadkobiercy tego zapozwanego z imienia, życia i miejsca pobytu Sądowi znajomi nie są, to dla ich zastępywania, w tych procesach ustanowiono na ich koszt i stratę pana Piotra Zaworskiego mieszczana tutejszego za kuratora, i o któréj ustanowionéj kurateli tychże się edyktalnie zawiadamia — jednocześnie się ich upomina, ażeby temu ustanowionemu kuratorowi dokumenta do ich obrony służyć mogące przed terminem tém pewniéj wręczyli — lub sobie innego zastępcę ustanowili, gdyż inaczéj złe skutki niedostatecznéj obrony własnemu przewinieniu przypisać będą winni.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd.

Wieliczka, 31 Lipca 1863.

L 6039. Edykt. (105. 2-3)

Ces. król. Sąd obwodowy Rzeszowski rozpisuje trzeci termin do przedsięwzięcia przymusowéj sprzedaży dóbr Jawornik i Zaciszów w obwodzie Rzeszowskim a powiecie Tyczyńskim położonych, za świadectwem Dom. 61 pag. 450 n. 14 haer. & Dom. 282 pag. 89 n. 22 haer. do masy spadkowéj ś. p. Leonarda Górskiego należących, na zaspokojenie wierzytelności Antoniny hr. Bąkowskiéj w kwocie 1575 złr. w. a. z 6% procentami od dnia 24 Maja 1859 liczyć się mającemi i kosztami 7 złr. 48 kr., 27 złr. 26 kr., 40 złr. 17 kr., 28 złr. 62 kr., 10 złr. 16 kr., 50 złr. 65 kr., 8 złr. 80 kr., 65 złr. 18 kr. i 65 złr. 52 kr. w. a. pod następującemi warunkami:

1. Spredaż ta odbędzie się przy c. k. Sądzie obwodowym Rzeszowskim

dnia 29 Marca 1864

o godzinie 10 przed południem, i w tym terminie rzeczone dobra nawet niżéj ceny szacunkowéj za jakąkolwiek ofiarowaną cenę najwięcéj ofiarującemu sprzedane zostaną.

2. Jako cena wywołania ustanawia się wartość szacunkowa rzeczonych dóbr w ilości 49076 złr. 60 kr w. a. aktem oszacowania uchwałą c. k. Sądu obwodowego Rzeszowskiego z dn. 6 Lipca 1860 L. 3499 do Sądu przyjętym wyprowadzona.

3. Każdy chęć kupna mający jest obowiązany, przed rozpoczęciem licytacyi 10tą część ceny szacunkowéj w okrągłéj kwocie 4908 złr. w. austr. jako wadyum gotowizną albo listami zastawnemi galicyjskiego towarzystwa kredytowego, albo obligacyami indemnizacyjnemi podług kursu urzędową gazetą Krakowską wykazać się mającego, do rąk Komisyi licytacyjnéj złożyć, które to wadyum najwięcéj ofiarującemu w cenę kupna wrachowane, innym zaś bezpośrednio po ukończonéj licytacyi zwrócone będzie.

Dalsze warunki licytacyi, tudzież wyciąg tabularny dóbr na sprzedaż wystawionych z 22 Września 1863 r. i wyżéj powołany akt oszacowania żmona w registraturze c. k. Sądu obw. w Rzeszowie zobaczyć.

Dla wierzycieli tabularnych z miejsca pobytu niewiadomych jako to: Franciszka Madejskiego, Alexandra Hr. Cettnera, Awigdora Hasklera, Lemela Liebermana, Seliga Pfau, Süssmana Pfau, Goldy Pfau, Perle Rawner, Dawida Wohl, Sary Flieg, Dawida Scherlepp. Jakuba Menkes i Samuela Kreisel, i dla tych wierzycieli, którzyby po 22 Września 1863 na sprzedać się mające dobra do tabuli krajowéj weszli, lub którymby z jakiéjkolwiek przyczyny edykt niniejszy doręczony być nie mógł, postanowiono do wszystkich czynności z téj sprzedaży wynikających, a mianowicie i do rozprawy względem pierwszeństwa i płynności hypotekowanych wierzytelności kuratorem pana adwokota Dra. Lewickiego, a zastępcą tegoż pana Adwokata Reinera.

O tém uwiadamia się p. Antoninę hr. Bąkowską jako wierzycielkę egzekucyę prowadzącą do rąk jej pełnomocnika p. Adw. Waygardta, masę spadkową ś. p. Leonarda Górskiego, a właściwie tegoż sądownie oświadczoną jedyną spadkobierczynią p. Henrykę z hr. Komorowskich Górską, tak do rąk kuratora dla niéj przez c. k. Sąd krajowy Lwowski w osobie p. Adwokata Dra. Pfeiffera ustanowionego, jakotéż i do rąk jej, w tutejszym c. k. Sądzie obwodowym wykazanego do odbierania pierwszych pism upoważnionego pełnomocnika p. Antoniego Stasickiego, nakoniec wszystkich wierzycieli tabularnych z miejsca pobytu wiadomych do rąk własnych, gminy sprzedać się mających dóbr na ręce ich przełożonych przez c. k. Urząd powiatowy Tyczyński, a wierzycieli z miejsca pobytu niewiadomych, lub w razie śmierci któregokolwiek z nich ich masy spadkowe i ich niewiadomych spadkobierców do rąk kuratora p. Adw. Dra. Lewickiego i przez niniejszy edykt.

Rzeszów, 11 Grudnia 1863.

Nr. 96. **Kundmachung.** (108. 3)

Von Seiten des Magistrats der Stadt Wieliczka wird bekannt gemacht, daß zur Verpachtung der städtischen Methpropination auf die Zeitperiode vom 1. November 1864 bis Ende Dezember 1867 eine Licitation

am 26. Februar 1864

um 9 Uhr Vormittags in der hiesigen Magistratskanzlei abgehalten werden wird.

Der Fiscalpreis beträgt 300 fl. öst. Währ. und das Vadium „ 50 fl. „

wobei bemerkt wird, daß vor Beginn der Licitation auch schriftliche Offerten angenommen werden.

Vom Magistrate Wieliczka, den 21 Jänner 1864.

Obwieszczenie.

Ze strony magistratu miasta Wieliczki podaje się do wiadomości, iż w celu wydzierzawienia miejskiéj propinacyi miodowéj od 1go Listopada 1864 do ostatniego Grudnia 1867 odbędzie się licytacya

na dniu 26 Lutego 1864

o godzinie 9 przed południem w tutejszéj kancelaryi magistratualnéj.

Cena wywołania wynosi rocznie 300 złr. zaś wadym . . . „ . . . 50 „ w. a.

przyczém się dodaje, że także pisemne oferty przed rozpoczęciem licytacyi przyjmowane będą.

Magistrat Wieliczka, dnia 21 Stycznia 1864.

N. 4336. **Verlautbarung.** (107. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte in Gorlice als Verlassenschafts-Abhandlungsbehörde wird bekannt gegeben, daß der Gorlicer k. k. Notar Nicefor Więckowski im Grunde des § 29 des kaiserl. Patentes vom 9. August 1854 und § 183 N. O. zum Gerichts-Commissär für alle Acte in Verlassenschafts-Abhandlungs-Angelegenheiten für die Stadt Gorlice, dann die Dörfer Ropica polska, Sokoł, Glinik, Strożówka, Kobylanka, Dominikowice, Klęczany, Męcina mała, Męcina wielka, Pstrążne, Wapienne, Sekowa, Siary, Zagorzany, Małastów, Ropica ruska, Pentna, Dragaszów, Przegonina, Bodaki und Rychwald bestellt worden ist.

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte.

Gorlice, am 30. Dezember 1863.

N. 260. **Concurs.** (120. 3)

Beim Bezirksamte in Sądowa wisznia, nach Umständen bei einem andern Bezirksamte, ist eine Bezirksvorstehersstelle mit dem Jahresgehalte von 1050 fl. ö. W. zu besetzen.

Bewerber haben ihre, mit den erforderlichen Behelfen versehenen Gesuche im vorgeschriebenen Dienstwege bei der k. k. Personal-Landes-Commission längstens bis zum 18. Februar l. J. einzubringen und es wird auf disponible Beamte besonders Rücksicht genommen werden.

Von der k. k. Landescommission für Personal-Angelegenheiten der gemischten Bezirksämter.

Lemberg, 29. Jänner 1864.

N. 17514. Ogłoszenie. (124. 1-3)

C. k. Sąd krajowy w sprawach karnych w Krakowie podaje do publicznéj wiadomości, iż w depozycie jego znajdują się: korale i kwota 61 złr. w. a. z kradzieży pochodzić mające, które niejaka Jadwiga N. z Czernichowa pochodzić mająca, a na początku Stycznia 1863 ze służby u p. Karola Sitka dzierzawcy Woli Justowskiéj zbiegła, u różnych osób deponowała.

Wzywa się zatém właścicieli tych korali i gotówki, aby się w przeciągu jednego roku od d. 3go umieszczenia niniejszego ogłoszenia w gazecie Krakowskiéj, w tutejszym c. k. Sądzie krajowym zgłosili i prawo własności udowodnili, albowiem po upływie tego terminu rzeczone korale sprzedane, i cena kupna do depozytu sądowego wraz z gotówką 61 złr. w. a. złożone zostaną.

Z c. k. Sądu krajowego wydz. karn.

Kraków, 18 Stycznia 1864.

N. 1028. Edykt. (123. 1-3)

Ze strony c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu w Nowym Targu niniejszém wiadomo się czyni, że Maciej Górz dnia 28go Marca 1839 w Ludzimirzu z pozostawieniem kodycylarnego rozporządzenia z dnia 25 Marca 1839 umarł.

Gdy temu Sądowi miejsce pobytu Józefa Gorza nie jest wiadome, przeto wzywa go się, aby w przeciągu jednego roku od niniejszéj daty rachując do Sądu się zgłosił, i deklaracyę do spadku dziadka Macieja Gorza na dniu 28 Marca 1839 w Ludzimirzu z pozostawieniem kodycylarnego rozporządzenia z dnia 25 Marca 1839 zmarłego wniósł, inaczéjby ta masa z zgłaszającemi się sukcesorami i ustanowionym dla niego kuratorem Bartłomiejem Radeckim pertraktowaną była.

Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu.

Nowytarg, 20 Sierpnia 1863.

L. 3381. Edykt. (127. 1-3)

Ces. król. Urząd powiatowy jako Sąd we Wieliczce niniejszém wiadomo czyni, że Magdalena Sitko przeciw Jakubowi Bugaj raczéj przeciw tego z imienia, życia i miejsca pobytu niewiadomym spadkobiercom o zwrot gospodarstwa pod N. k. 19 w Chorągwicy położonego, pozew wytoczyła, w skutek którego do ustnego postępowania termin na dzień 2 Marca 1864 o godzinie 9 przed południem wyznaczony został.

Gdy spadkobiercy tegoż z imienia, życia, i miejsca pobytu wiadomi nie są, to do ich zastępywania w tym procesie na ich koszt i stratę ustanawia się pana Ludwika Łapińskiego c. k. Notaryusza za kuratora i ich o tém ustanowieniu kurateli tym edyktem się zawiadamia.

Jednocześnie się tychże upomina, ażeby temu ustanowionemu kuratorowi do ich obrony służące dokumenta przed tym terminem tém pewniéj wręczyli, lub sobie innego zastępcę ustanowili, albowiem z niedokładnego ich zastępywania wynikłe złe skutki własnemu przewinieniu przypisać będą winni.

Z c. k. Sądu powiatowego.

Wieliczka, 26 Grudnia 1863.

N. 1733. Edykt. (129. 1-3)

C. k. Sąd krajowy odnośnie do edyktu z dnia 21 Grudnia 1863 N. 22467 w N. 8, 9, 10 z roku bieżącego w téj gazecie ogłoszonym wiadomo czyni, że pozew do l. 22467/63 wytoczonym został o wykreślenie ze stanu biernego dóbr Podolany czyli Lencze dolne egzekucyi na zaspokojenie sumy 15000 złp. z przyn, dozwolonéj dom 74, pag. 257, 261, 269, n. 1 on. na rzecz Stanisława Radeckiego uwidocznionéj, wraz z odnośnemi pozycyami, mianowicie cesyą resztującéj sm. 10307 złp. 11 1/2 gr. na rzecz Stanisława Kruszyńskiego dom. 74, p. 257, 261, 269, n. 3 on. i dalszą cesyą téjże sumy na rzecz Katarzyny Kruszyńskiéj dom. 74, p. 272, n. 11 on. uwidocznioną.

Kraków dnia 1 Lutego 1864.

Wiener Börse-Bericht

vom 3. Februar.

Öffentliche Schuld.

A. Des Staates.

	Geld	Waare
In Oestr. W. zu 5% für 100 fl.	66.70	66.80
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl. mit Zinsen vom Jänner — Juli	79.60	79.70
vom April — October	79.70	79.80
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
Metalliques zu 5% für 100 fl.	70.90	71.10
dtto „ 4 1/2% für 100 fl.	62.50	63.—
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	140 75	141.25
„ 1854 für 100 fl.	89.—	89 50
„ 1860 für 100 fl.	91.30	91.50
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	18.25	18.75

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

	Geld	Waare
von Nieder-Öster. zu 5% für 100 fl.	87.50	88.--
von Mähren zu 5% für 100 fl.	92.50	93.—
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	88.50	89.--
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	87.—	87.50
von Tirol zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	87.—	89 —
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	73.25	73.75
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.	71.50	72.—
von Kroatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	74.--	75.—
von Galizien zu 5% für 100 fl.	71.25	71.75
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	71.15	71.65
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	70.50	71.

Actien (pr. St.)

	Geld	Waare
der Nationalbank	771.—	773.—
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. östr. W.	175.80	176.—
Niederösterr. Escompte-Gesellschaft zu 500 fl. ö. W.	661.—	663.--
der Kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. C.M.	1700.	1702.
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	188.25	188.75
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	132.—	132.50
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	124.75	125.25
der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.—	147.--
der vereinigten südöster. lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. östr. W. oder 500 Fr.	245.—	246.--
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM.	195.50	196.—
der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	425.—	427.--
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	224.—	226.--
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. CM.	388.—	392.--
der Wiener Dampfmühl-Actie-Gesellschaft zu 500 fl. östr. W.	440.—	450.--
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	152.—	152.50

Pfandbriefe

	Geld	Waare
der Nationalbank auf CMze, 10jährig zu 5% für 100 fl.	101.75	102.25
der Nationalbank auf CMze, verlosbar zu 5% für 100 fl.	89.60	89.80
der Nationalbank auf östr. W., verlosbar zu 5% für 100 fl.	85.50	85.75
Galiz. Credit-Anstalt östr. W. zu 4% für 100 fl.	72.—	73 —

Lose

	Geld	Waare
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. östr. W.	130.50	130.75
Donau-Dampfsch.-Gesellschaft zu 100 fl. CM.	90.—	90.50
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. CM.	112.—	114.--
„ „ „ zu 50 fl. CM.	49.—	49.50
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. östr. W.	29.—	29.50
Esterhazy zu 40 fl. CMze	92.50	93.50
Salm zu 40 fl. „	31.75	32.25
Palffy zu 40 fl. „	33.—	33.50
Clary zu 40 fl. „	32.—	32.50
St. Genois zu 40 fl. „	—.—	—.—
Windischgrätz zu 20 fl. „	19.25	19.75
Waldstein zu 20 fl. „	20.—	20.50
Keglevich zu 10 fl. „	15.—	15.50

Wechsel. 3 Monate.

Bank- (Platz-) Sconto

	Geld	Waare
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 5%	103.50	103.50
Frankfurt a. M., für 100 fl. süddeut. Währ. 4 1/2%	103.50	103.75
Hamburg, für 100 M. B. 4 1/2%	91.50	91.75
London, für 10 Pf. Sterl. 8%	121.25	121.50
Paris, für 100 Francs 7%	48.—	48.10

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl. kr.		Letzter Cours fl. kr.	
Kaiserliche Münz-Dukaten	5 83	— —	5 80	5 82
„ vollw. Dukaten	5 83	— —	5 80	5 82
Krone	— —	— —	— —	— —
20 Francstücke	9 82	-- —	9 77	9 79
Russische Imperiale	— --	— —	10 —	10 05
Silber	— --	— —	121 25	121 75

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres

Abgang

von **Krakau** nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 30 Min. Nachm. — nach Breslau, nach Ostrau und übe Oderberg nach Preußen und nach Warschau 8 Uhr Vormittags; — nach und bis Granica (über Nacht) 3 Uhr 30 Min.. Nachm.; — nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 40 Min. Abends; — nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.

von **Wien** nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von **Ostrau** nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

von **Lemberg** nach Krakau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft

in **Krakau** von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min Abends; — von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh, — von Ostrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Minut. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 15 Min. Früh, 2 Uhr 54 Min. Nachm.; — von Wieliczka 6 Uhr 20 Min. Abends. -

in **Lemberg** von Krakau 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Minuten Abends.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf in Paris. Linie 0° Reaum. red	Temperatur nach Reaumur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe des Tages von	bis
4	2	329''' 16	+ 0°2	90	Süd still	heiter	Schnee	— 6°5	+ 1°5
	10	29 76	+ 0°4	87	W.-Süd-West schwach	trüb			
5	6	30 38	— 0°4	97	West schwach	trüb			

Druck und Verlag des **Carl Budweiser.**